



NIEDERSACHSEN

VORWÄRTS

**SPD SIEGT IN CELLE!
Dirk-Ulrich Mende neuer OB!**

MÄRZ 2009 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

je mehr die Wirtschaft um den Globus rotiert, desto stärker muss der Mensch in vertrauter Umgebung ankern. Das eine bedingt das andere. Wir Sozialdemokraten wissen um die Vorteile der Globalisierung für unser Land als Exportweltmeister. Aber gleichzeitig wissen wir immer noch, wo den Menschen der Schuh drückt. Das sozialdemokratische Herz schlägt an der Basis. Das hilft beim Nachdenken, wie wir uns am besten gegen die Wirtschaftskrise stemmen – und schlägt sich in handfester Politik nieder. Steinmeier, Steinbrück und die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten haben in Berlin maßgeblich dafür gesorgt, dass Städte, Gemeinden und Landkreise selbst bestimmen, in welche Vorhaben das Geld aus dem Konjunkturpaket fließt. Keiner kennt sich an Ort und Stelle besser aus als unsere Bürgermeister, Landräte und Kommunalabgeordneten. Es ist übrigens auch die SPD, die auf die Abwrackprämie für Altfahrzeuge gepocht hat – gegen Unkenrufe vieler Schlaumeier aus Wissenschaft, Politik und Verbänden. Die Prämie wirkt schnell und direkt. So muss es sein.

Euer
Garrelt Duin
Garrelt Duin
Landesvorsitzender

KEINE RENAISSANCE DER ATOMENERGIE

Die Zukunft der Energieversorgung ist erneuerbar.

Von Sigmar Gabriel



» Niemand käme auf die Idee, mit einem Flugzeug zu starten, für das es keinen Landeplatz gibt.«

Sigmar Gabriel

Auslaufmodell: AKW Grohnde an der Weser

Es ist schon fast ein Ritual: Immer, wenn irgendwo auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion Konflikte über Öl- oder Gaspreise eskalieren, fordern Unionspolitiker hierzulande den Ausstieg aus dem Atomausstieg – als ob unsere Autos mit Kernbrennstäben betrieben und unsere Wohnungen mit Atomstrom beheizt würden. Und immer, wenn in irgendeinem Land der Erde über den Bau neuer AKW als Ersatz für alte Meiler nachgedacht wird, machen die gleichen Politiker eine »Renaissance der Atomenergie« aus.

Trotz einzelner Neubauten von Atomkraftwerken in Indien oder China: Es gehen deutlich mehr Meiler altersbedingt vom Netz. Und viele der angeblichen Neubauten werden seit Jahrzehnten angekündigt, aber nie verwirklicht – weil sich das ohne enorme staatliche Zuschüsse nicht rechnet. Von 1989 bis 2007 stieg die Zahl der Reaktoren weltweit lediglich von 423 auf 439 – nicht einmal ein Reaktor pro Jahr. Ende 2007 waren zudem fünf Meiler weniger in Betrieb als noch vor fünf Jahren: 439 statt 444. Und wo tatsächlich ein Atomkraftwerk neu gebaut wird, wie in Finnland, laufen Bauzeiten und Finanzierung schnell aus dem Ruder.

Der Anteil der Kernenergie am weltweiten Endenergieverbrauch liegt bei

2,5 Prozent – und geht weiter zurück. Letztlich ist zusätzliche Atomenergie, um wirksamere Klimaschutzmaßnahmen zu ersetzen, schon wegen der Kosten illusorisch: Wenn sie einen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz leisten sollte, müssten – so auch die Empfehlung der Internationalen Energieagentur – weltweit 1400 neue Kernkraftwerke gebaut werden – gleichermaßen in politisch stabilen und wenig stabilen Staaten. Das wäre wegen der Gefahr der Weiterverbreitung waffenfähiger Kernbrennstoffe nicht zu verantworten.

Vor allem aber: Wir haben weltweit immer noch kein Endlager für hochradioaktiven Atommüll. Niemand käme auf die Idee, mit einem Flugzeug zu starten, für das es nirgendwo einen Landeplatz gibt. Bei der Hochrisikotechnologie Atomenergie soll diese banale Regel nicht gelten?

Längere Laufzeiten würden nicht zu sinkenden Strompreisen führen, wohl aber zu zusätzlichen Gewinnen bei den vier großen Versorgern. Eine sichere, klimafreundliche und preisgünstige Energieversorgung können wir nur mit dem Ausbau der Erneuerbaren und mit mehr Energieeffizienz gewährleisten. ■ eb

» Kurzarbeit plus Qualifizierung sichern Beschäftigung.«

Gabriele Lösekrug-Möller
(Seite II)

» Ich freue mich sehr, dass es gleich im ersten Wahlgang geklappt hat.«

Dirk-Ulrich Mende, frisch gewählter OB von Celle
(Seite III)

» Als Partei sollten wir wieder mehr Beratung, Hilfe und Unterstützung bieten.«

Matthias Miersch (Seite IV)

KURZARBEIT FÖRDERN – BESCHÄFTIGUNGSABBAU BREMSEN

Kurzarbeit plus Qualifizierung sind die wichtigsten Elemente zur Beschäftigungssicherung

Von Gabriele Lösekrug-Möller



Gabriele Lösekrug-Möller

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat jetzt auch den Arbeitsmarkt in Deutschland erreicht. Es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, Unternehmen und Betrieben zu helfen, sich gegen Entlassungen und für das Festhalten an ihren Beschäftigten zu entscheiden.

Deshalb wird es jetzt einfacher, Kurzarbeit zu vereinbaren, statt entlassen zu müssen.

- Kurzarbeitergeld kann jetzt bis zu 18 Monate gewährt werden.
- Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit, die sonst voll von den Arbeitgebern zu tragen wären.

- Die Sozialversicherungsbeiträge werden von der Bundesagentur für Arbeit voll übernommen, wenn während der Kurzarbeit weitergebildet wird.
- Leiharbeitnehmer werden in die Kurzarbeiterregelung einbezogen.
- Das Verfahren und die Voraussetzungen für das Kurzarbeitergeld werden vereinfacht.
- Kurzarbeitergeld, auch wenn dieses zuvor durch eine Beschäftigungssicherungsvereinbarung abgesenkt wurde.
- Nicht nur Kurzarbeitergeld, sondern auch das Arbeitslosengeld im Fall der Entlassung richtet sich nach einer Beschäftigungssicherungs-

vereinbarung nach dem vereinbarten vollen Lohn.

Wir wollen, dass die Zeit der Kurzarbeit sinnvoll genutzt wird, indem sie mit Qualifizierung kombiniert wird. Unternehmen, die qualifizieren statt entlassen, werden finanziell unterstützt und können in den Jahren 2009 und 2010 alle in Kurzarbeit befindlichen Beschäftigten weiterbilden, um ihre künftigen Arbeitsmarktchancen zu erhöhen. ■

Alle Informationen zu den Neuregelungen beim Kurzarbeitergeld sind im Internet bereitgestellt unter www.einsatz-fuer-arbeit.de

Anzeige

Frischer Wind für nachhaltige Energieerzeugung

EU-Klimapakete bietet beschäftigungswirksame Chancen für Niedersachsen



Eine europaweite Energiepolitik, die in den Regionen der EU für frischen Wind sorgt, muss solide wirtschaftliche Perspektiven bieten, die sozialen Folgen der Preissteigerungen abfedern und durch nachhaltige Energieerzeugung zur Verbesserung der Umweltsituation beitragen. Dafür steht die PSE-Fraktion im Europäischen Parlament mit großer Mehrheit.

Anfang Februar 2009 hat das Parlament den Abschlussbericht des Sonderausschusses zum Klimawandel für eine künftige integrierte EU-Klimaschutzpolitik angenommen und damit das Startsignal für die Klimakonferenz gesetzt, die im Dezember 2009 in Kopenhagen die Voraussetzungen für ein neues internationales Klimaschutzabkommen erarbeiten soll.

Abkommen und Berichte sind eine wichtige Grundlage für ein neues Kapitel internationaler Klimadiplomatie. Solange allerdings keine Gelder für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen bereitgestellt werden, nützen die besten Vorgaben nichts. Deswegen müssen die EU-Kommission und der Rat in der kommenden finanziellen Vorausschau darlegen, wie viel Geld für den Klimaschutz zur Verfügung steht.

Eine Energiepolitik, die den europäischen Klimaschutzvorgaben entspricht, muss drei Schwerpunkte setzen:

1. Energie muss künftig sparsamer und effizienter verwendet werden.
2. Die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen muss forciert werden, um die Abhängigkeit von herkömmlichen Energieträgern zu verringern.
3. Herkömmliche Technologien müssen intelligenter genutzt werden, um mehr Sauberkeit und Effizienz zu erreichen.

Das gemeinsame europäische Ziel muss ein optimaler Energiemix sein, der intelligent und machbar, sowie wirtschaftlich, effizient und nachhaltig umweltfreundlich ist. Dies ist auch angesichts der internationalen Finanzkrise zukunftsweisend, denn gerade jetzt bietet sich die Chance zum Einstieg in eine ökologische Industriepolitik mit vielen neuen Arbeitsplätzen. Das erneuerbare Energiesetz mit seinem unerwartet hohen Beschäftigungseffekt weist den richtigen Weg.

Gerade für Niedersachsen bietet die Umsetzung des EU-Klimapakets enorme wirtschaftliche und beschäftigungswirksame Chancen. Der freie Markt kann nicht garantieren, dass der Energiesektor auf Wachstum, Investitionen, Beschäftigung und Umweltschutz orientiert ist. Europa ist daher ordnungspolitisch gefordert. Mit den richtigen Antworten werden die Umwelt und die Menschen in Europa profitieren, die Menschen in Niedersachsen vor allem durch den Ausbau regenerativer Energien und die Entwicklung der Effizienztechnologien. *Matthias Groot*



Sozialdemokratische Fraktion
im Europäischen Parlament

www.matthias-groot.de

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Lothar Pollähne,
Katrin Reich
Anschrift: Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

BEZIRKSPARTEITAG HANNOVER

Hiermit erfolgt die Einberufung des ordentlichen SPD-Bezirksparteitags Hannover

am **13. Juni 2009, 10.00 – 19.00 Uhr**
Congress Centrum Wienecke XI,
 Hildesheimer Straße 380, 30519 Hannover

Tagesordnung:

- | | |
|---|--|
| — Konstituierung | Antragsschluss für Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen ist Freitag, 1. Mai 2009 |
| — Rechenschaftsberichte | |
| — Satzungsänderungen | |
| — Wahl des Bezirksvorstandes | |
| — Wahl der Revisoren | Wolfgang Jüttner, Vorsitzender |
| — Wahl der Schiedskommission | Elke Tonne-Jork, Stv. Vorsitzende |
| — Wahl der Delegierten für übergeordnete Parteitage und Gremien | Ulrich Watermann, Stv. Vorsitzender |
| — Antragsberatung | Wolf Kutzer, Schatzmeister
Stefan Schostok, Ltd. Geschäftsführer |

BEZIRKSPARTEITAG NORD-NIEDERSACHSEN

Der 62. außerordentliche Parteitag des SPD-Bezirks Nord-Niedersachsen findet am **14. März ab 10.00 Uhr im Gasthaus Meyer-Bierden** in Achim statt. Das Hauptreferat hält Niedersachsens SPD-Vorsitzender Garrelt Duin.

Weitere Informationen gibt es beim SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen in Stade, Telefon 04141.95270 oder im Internet unter www.spd-nord-niedersachsen.de



Celle hat Zeichen gesetzt: Schon im ersten Wahlgang ist Dirk-Ulrich Mende am 22. Februar 2009 zum neuen Oberbürgermeister gewählt worden. Mit Mende hat die SPD die jahrzehntelange Hegemonie der CDU in Celle beendet. Als einer der ersten gratulierte Niedersachsens SPD-Vorsitzender Garrelt Duin zu diesem »überwältigenden Wahlsieg«. Dirk-Ulrich Mende hat alle Erwartungen übertroffen. »Ich freue mich riesig, dass es gleich im ersten Wahlgang geklappt hat«, erklärte Mende. Die Wahlparty freute sich mit ihm.

VORWÄRTS
RÄTSEL

In der Mitte seines Lebens veröffentlicht er 1934 seinen Lebensbericht, der die Extreme des 20. Jahrhunderts im Titel auf den Punkt bringt.

»Vom U-Boot zur Kanzel« heißt das Buch. Zu diesem Zeitpunkt unterliegt der mittlerweile zweifelnde Deutschnationale bereits der Überwachung durch die Gestapo.

Der begeisterte Marineoffizier lässt sich von der Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg nicht in seiner nationalen Überzeugung erschüttern. Mit der Weimarer Republik hat er nichts am Hut.

Nach seinem Abschied aus dem Militär studiert der Pfarrerssohn Theologie in Münster, weil er in der konservativen Kirche den geeigneten Ort für eine Tätigkeit zum Wohle des Vaterlandes sieht. 1931 wird er zum Gemeindepfarrer in Berlin-Dahlem berufen.

Seine ursprüngliche Begeisterung für Adolf Hitler gerät ins Wanken, als die »Deutschen Christen« auch in der Kirche den »Arierparagrafen« einführen. Im September 1933 protestiert er öffentlich gegen die Gleichschaltung der Kirche mit dem NS-Staat und wird einer der Gründer des Pfarrernotbundes. 1938 wird er wegen Kanzelmisbrauchs verurteilt und als »persönlicher Gefangener des Führers« zunächst im KZ Sachsenhausen und ab 1941 im KZ Dachau in Einzelhaft gehalten. Am 19. Oktober 1945 ist der mittlerweile überzeugte Pazifist an der Formulierung des Schuldbekenntnisses der EKD beteiligt. Wer war der Kirchenmann, der am 6. März 1984 in Wiesbaden gestorben ist. Zu gewinnen gibt es seine Lebensbeichte. ■ lopo

vorwärts, Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Der 16. Präsident der USA war Abraham Lincoln. Seine Biographie geht an Rosemarie Nitschke aus Salzgitter

SPD-FORUM
VERBRAUCHERSCHUTZ

Unter der Federführung des Präsidiumsmitglieds Matthias Miersch, MdB, hat der SPD-Landesverband im Februar ein Forum rund um Verbraucherschutz gegründet. Im Rahmen des Forums ist geplant, mit Experten innerhalb und außerhalb der Partei über bestehende und kommende Probleme des Verbraucherschutzes zu beraten. Bei Veranstaltungen soll die Öffentlichkeit über aktuelle Themen informiert werden. »Als Partei sollten wir in meinen Augen wieder mehr Beratung, Hilfe und Unterstützung bieten«, so Miersch. Themen gibt es genug: So plant der Abgeordnete unter anderem eine Veranstaltung zu sicheren Finanzanlageformen und ein Gespräch mit dem Datenschutzbeauftragten Peter Schaar über »60 Jahre Datenschutz im Grundgesetz«. ■

Kontakt: matthias.miersch.ma03@bundestag.de

Anzeige



Gut gelaunt und verzahnt mit der Landespartei: Die sozialdemokratischen Oberbürgermeister und Landräte stehen im intensiven Dialog mit der Landespartei und der Landes-SGK. Mit einer starken kommunalpolitischen Verankerung in den Städten und in der Fläche wird die SPD in Niedersachsen bei der Kommunalwahl 2011 die Weichen für eine erfolgreiche Landtagswahl 2013 stellen. Mit dem Sieg von Dirk-Ulrich Mende bei der Oberbürgermeisterwahl in Celle ist das erste beachtliche Ausrufezeichen gelungen.

Diese Region ist es wert

Niedersachsen ist in Europa eine große Nummer



Wir alle befinden uns längst im globalen Dorf. Wenn es an einer Stelle brennt, brennt es überall. Nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkrise öffnen uns die Augen, auch Klimawandel, explodierende Lebensmittelpreise, schwindende Ölreserven. Es gibt zig Beispiele für die weltweite Abhängigkeit der Völker untereinander. Aber wir wollen nicht alles schwarz malen. Natürlich hat diese Nähe auch positive Seiten. Herausheben möchte ich, dass

regionale Stärken wieder stärker ins Gewicht fallen. Hierfür gibt es viele Beispiele: in den USA, in Indien, aber genauso auch in Niedersachsen.

Glaubt mir: Unser Bundesland kann sich in vielen Bereichen mit den Topstandorten dieser Welt messen. Niedersachsens Industrie- und Wirtschaftsstruktur zu verstehen, bedeutet Europa und die Welt zu verstehen. Sie mit Hilfe guter europäischer Gesetzgebung zu fördern, sie aber auch zu schützen vor einem unfairen Wettbewerb, wenn es notwendig ist – dafür habe ich mich immer eingesetzt! Wir haben nicht nur eine aktive Industrie-, Wirtschafts- Forschungspolitik, wir sind vor allem in Branchen stark aufgestellt, die global gesehen weit oben stehen: Automobilbau, Stahlproduktion, maritime Wirtschaft, Flugzeugbau, Ernährungs- und Landwirtschaft, Versicherungswesen, Chemie- Glas- und Papierindustrie. Diesen Mix müssen andere Regionen erst einmal vorweisen! Unser breit aufgestellter Mittelstand ist ebenso mit allen »globalen Wasern« gewaschen. Wir sind groß, größer als viele vermuten: Mit rund

acht Millionen Menschen hat Niedersachsen fast so viele Einwohner wie ganz Schweden.

Viele Probleme können nur mit mutiger Forschung gelöst werden. Innovationen sichern in Niedersachsen viele Arbeitsplätze. Damit dies auch so bleibt, habe ich mich im Europäischen Parlament immer für die Forschungsstandorte in Göttingen, in Braunschweig, in Hannover und an vielen anderen Orten eingesetzt. Glücklich bin ich darüber, dass die Arbeit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig im Bereich der Metrologieforschung (Wissenschaft des Messens) dadurch honoriert wird, dass sie im Mai 2009 zum Zentrum europäischer Koordinierung für diesen Bereich wird; 200 Millionen Euro aus europäischen Töpfen werden dafür fließen. Ich habe diese Arbeit seit vielen Jahren begleitet und werde das notwendige Gesetz im Mai 2009 ins Europäische Parlament bringen.

Zur Europäischen Union gehört auch Streit. Nicht alle Ideen aus Europa sind vernünftig. Das VW-Gesetz beispielsweise widerspricht nicht dem europäischen Binnenmarkt, auch wenn Brüssel das anzweifelt. Genau deshalb habe ich heftig mit den zuständigen Kommissaren für unser VW-Gesetz gestritten.

Auch wenn ich »das Ganze« sehe, den Zusammenhalt in Europa, die Beziehungen der einzelnen Völker in der Welt, entgehen mir dennoch nicht die vielen Details, die das Leben, die Arbeitssituation und die Wirtschaft in Niedersachsen ausmachen. Die Wirtschaftskrise zeigt, dass es wichtig ist, regionale Standorte zu pflegen und nicht allein auf die globale Karte zu setzen! Erika Mann



Sozialdemokratische Fraktion
im Europäischen Parlament

www.erikamann.com